UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 31. Januar 1991
4/91

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir wollen eine Welt des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit

Das vereinte Deutschland wird sich seiner größer gewordenen Verantwortung stellen und deshalb auch bereit sein müssen, selbst an konkreten Maßnahmen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Welt mitzuwirken. Das betonte Bundeskanzler Helmut Kohl am 30. Januar 1991 in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag, in der er sowohl auf die aktuelle weltpolitische Lage einging als auch das Regierungsprogramm der Koalition für diese Legislaturperiode erläuterte.

Insbesondere zu der militärischen Auseinandersetzung am Golf führte der Bundeskanzler aus: Kaum jemals zuvor hatte die Völkergemeinschaft ähnliche politische Anstrengungen unternommen, um einen bewaffneten Konflikt abzuwenden. Sie alle scheiter-

(Fortsetzung Seite 2)

Den vollen Wortlaut der Regierungserklärung mit dem Titel „Unsere Verantwortung für die Freiheit" finden Sie als Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe.

HEUTE AKTUELL

● **Golfkrieg**
Bonner Friedensdemonstration: Der RCDS hat mit einer klaren Gegenposition das Bild bestimmt. Seite 3
Junge Union tritt antiamerikanischen Tendenzen entgegen. Seite 5

● **Rüstungsexporte**
Verfassungsschutz soll illegalen Technologie-Export verhindern. Seite 7

● **Baltikum**
Alfred Dregger: Im gemeinsamen Haus Europa muß auch die Wohnung der baltischen Völker unantastbar sein. Seite 9

● **Landesverband Hamburg**
Hamburger CDU: Diesmal packen wir's. Seite 10

● **Wahlen**
Vorstand, Geschäftsführung und Arbeitsgruppen der neuen CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seite 13

(Fortsetzung von Seite 1)

ten an der kategorischen Weigerung des Irak, die Beschlüsse der Vereinten Nationen — also den Willen der Völkergemeinschaft — zu erfüllen und die gewaltsame Annexion Kuwaits rückgängig zu machen.

Der irakische Diktator Saddam Hussein allein hat diesen Krieg zu verantworten, den er am 2. August 1990 durch den brutalen Überfall auf Kuwait begonnen hat. Er hat es in der Hand, ihn sofort zu beenden. Er hat Kuwait unverzüglich und vollständig zu räumen.

Die Angriffe irakischer Raketen auf Israel haben nur einen Zweck: Israel soll in die militärischen Auseinandersetzungen am Golf hineingezogen werden. Dies ist ein Anschlag auf die Unversehrtheit und das Lebensrecht Israels.

Unsere besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel

Israel soll wissen: Es hat in diesen schweren Tagen unsere ganze Solidarität. Wir werden diese Solidarität auch dadurch unter Beweis stellen, daß wir Israel in seiner bedrängten Lage durch Ausrüstungs- und Materiallieferungen zum Schutz seines Territoriums und seiner Bevölkerung unterstützen. Wir handeln damit entsprechend der besonderen Verantwortung, die alle Bundesregierungen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Israel gezeigt haben.

Solidarisch verbunden sind wir auch den Streitkräften der achtundzwanzig Nationen, die für die Durchsetzung der Resolutionen der Vereinten Nationen kämpfen, für die Befreiung Kuwaits.

An dieser Stelle erinnere ich daran, daß es insbesondere die Vereinigten Staaten waren, die vierzig Jahre hindurch in Deutschland Frieden und Freiheit verteidigt haben. Die Vereinigten Staaten haben ganz wesentlich dazu beigetragen, daß wir Deutschen unsere Einheit in Freiheit verwirklichen konnten.

Um so verwerflicher ist es, wenn in diesen Wochen eine lautstarke Minderheit versucht, statt dem Irak den USA die Urheberschaft für diesen Konflikt zuzuschieben. Unsere amerikanischen und unsere europäischen Verbündeten sollen wissen: In diesem Kampf der Völkergemeinschaft um die Durchsetzung des Völkerrechts und die Wiederherstellung des Friedens stehen wir fest zu ihnen!

Wir vergessen nicht, was die USA für uns getan haben

Mit der Wiedergewinnung der vollen Souveränität wächst uns Deutschen nicht nur mehr Handlungsfreiheit, sondern auch mehr Verantwortung zu. So sehen es auch unsere Partner in der Welt. Sie erwarten vom vereinten Deutschland, daß es seiner neuen Rolle gerecht wird.

Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Weltpolitik, und es darf für Deutschland keine Flucht aus der Verantwortung geben. Wir wollen unseren Beitrag leisten zu einer Welt des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit. ■

Regierungserklärung

Weitere Exemplare der Dokumentation im grünen Teil dieser Ausgabe mit dem Wortlaut der Regierungserklärung können Sie in unserem IS-Versandzentrum bestellen: Postfach 13 28, 4804 Versmold.

● **Bestell-Nr.: 5385**
Verpackungseinheit: 50 Expl.
Preis je Verpackungseinheit: 25,– DM
Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bonner Friedensdemonstration

Der RCDS hat mit einer klaren Gegenposition das Bild bestimmt

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) äußerte sich befriedigt über die Wirkung seines Aufrufes, mit klaren Positionen wie „Ja zum Frieden! Ja zur UNO!" und Bekundungen der Solidarität mit Israel einen unübersehbaren Gegenakzent auf der Bonner Friedensdemonstration zu setzen und damit Unterstützung für den Militäreinsatz der Allianz gegen Irak zu signalisieren. Dazu erklärte der Bundesvorsitzende des RCDS, Marcel Kaufmann:

● Der persönliche Einsatz von etwa 50 Mitgliedern des RCDS und die starke Beachtung ihrer Positionen in der Bildberichterstattung von Fernsehen und Presse haben es vermocht, das Bild dieser Demonstration zu bestimmen, die sich ansonsten in rigoros moralischer „Friedenssehnsucht" mit unterschwellig antiamerikanischen Tendenzen erschöpft hätte.

In Anbetracht der großen Beachtung, welche diese Demonstration national und international gefunden hat, stand der RCDS in der Verantwortung, mit einem deutlichen, gegen den Trend dieser Demonstration gesetzten Schwerpunkt das Bild der Deutschen und ihrer Einstellung gegenüber dem Golfkrieg zurechtzurücken. Der RCDS zeigt sich befriedigt, daß es trotz der erdrückenden Mehrheit Andersdenkender auf dieser Demonstration gelungen ist, für die schweigende Mehrheit in Deutschland zu sprechen — schließlich befürworten inzwischen 75 Prozent der Deutschen den Militäreinsatz der Allianz gegen den Irak.

● Wenngleich keine gewalttätigen Ausschreitungen auf dieser Demonstration bekannt wurden, so darf dies nicht über die feindselige und emotionsgeladene Atmosphäre hinwegtäuschen, die Andersdenkenden entgegengebracht wurde. So mußten sich RCDS-Mitglieder als „Kriegstreiber" beschimpfen lassen, wurden gegen Ende der Veranstaltung Plakate des RCDS zerstört und waren einzelne Mitglieder tätlichen Angriffen und Provokationen aus dem autonomen Spektrum und von Mitgliedern der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend" ausgesetzt. Der Mehrzahl der friedlichen Demonstranten und dem besonnenen Verhalten der RCDS-Mitglieder ist es zu verdanken, daß diese Ausschreitungen nicht weiter eskalierten.

Gegenakzente setzen

Ferner darf nicht verschwiegen werden, daß trotz gegenteiliger Bekundungen einiger Redner der Kundgebung antiamerikanische Tendenzen überwogen. Wer in der gegenwärtigen militärischen und politischen Lage die Einstellung der Kriegshandlungen am Golf fordert, kann damit nur die Verbündeten unter Führung der USA meinen. Wer derzeit einen Waffenstillstand am Golf und weitere Verhandlungen fordet, unterstützt damit allein Iraks Diktator Saddam Hussein. Glaubwürdig wären diese Forderungen und Demonstrationen nur, hätten sie bereits nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak stattgefunden.

Bezeichnend war auch die Reaktion der

überwältigenden Masse der Demonstranten, die der Verurteilung des Irak durch einige Redner eher zurückhaltend gegenüberstanden, die Verurteilung der amerikanischen Politik, Aufrufe zur Totalverweigerung des Wehr- und Ersatzdienstes oder zum „Generalstreik jetzt" jedoch begeistert aufnahmen.

● Der RCDS ruft dazu auf, auf allen zukünftig stattfindenden Demonstrationen derartige deutliche Gegenakzente zu setzen, welche die Unterstützung für den militärischen Einsatz der alliierten Streitkräfte unter Führung der USA gegen den Irak unterstützen und die Solidarität mit Israel bekunden. Derartige Bekundungen sind unverzichtbar und zeigen große Wirkung, auch wenn sie aus einer zahlenmäßig erdrückenden Minderheitenposition heraus stattfinden. Sie leisten jedoch einen entscheidenden Beitrag, das Bild der Deutschen und ihrer Einstellung zum Golfkrieg zurechtzurücken. ■

Schleswig-Holstein:

Hennig Spitzenkandidat für die Landtagswahl

Einstimmig haben die Führungsgremien der schleswig-holsteinischen CDU am 19. Januar ihren Landesvorsitzenden Ottfried Hennig, der inzwischen auch Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium ist, als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl im Frühjahr 1992 nominiert. Damit tritt Hennig als Inhaber eines wichtigen Bonner Regierungsamtes gegen Ministerpräsident Björn Engholm an, der auf dem Bundesparteitag im Mai von Hans-Jochen Vogel zusätzlich den SPD-Vorsitz übernehmen wird.

Für eine aktive Beteiligung der Deutschen an internationalen Friedensmissionen

Vor der Sondersitzung des Europäischen Parlaments zur Golf-Krise am 30. Januar 1991 in Brüssel bekräftigte der sicherheitspolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Hans-Gert Pöttering, erneut den Beschluß der deutschen Christdemokraten zur Golf-Krise:

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament fordert mit Nachdruck, alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland zukünftig an internationalen Friedensmissionen im Rahmen einer sich entwickelnden EG-Sicherheitspolitik und von Beschlüssen der Vereinten Nationen aktiv beteiligen kann. Es ist auf Dauer nicht hinzunehmen, daß die Vereinigten Staaten und unsere europäischen Nachbarn allein die Last der Sicherung bzw. Wiederherstellung des gemeinsamen Friedens tragen. Die Bundesrepublik Deutschland darf sich bei der Bewältigung von Konflikten nicht der internationalen Solidarität entziehen.

Erklärung der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament zur Golf-Krise

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament fordert insbesondere die deutschen Sozialdemokraten zu einer konstruktiven Mitwirkung auf, damit dieser solidarische Beitrag Deutschlands möglich wird.

Junge Union tritt antiamerikanischen Tendenzen entgegen

Der Vorstand der Jungen Union Deutschlands hat unterstrichen, daß die von den alliierten Truppen mit Billigung der UNO begonnene militärische Befreiung Kuwaits kein imperialistischer Akt sei. Vielmehr werde hier — bei allen Schrecken des Krieges — die Chance erkennbar, daß die Völkergemeinschaft eine wirksame Rechts- und Friedensordnung aufbaut, in der Aggressoren notfalls gemeinsam gestoppt werden.

Der JU-Bundesvorsitzende Hermann Gröhe stellte in Bonn klar: „Die multinationalen Streitkräfte haben unsere Solidarität verdient. Es ist nicht akzeptabel, wenn sie — insbesondere die Amerikaner — mit dem Irak auf eine Stufe gestellt werden!" Während etwa in den USA, in Frankreich und Großbritannien Regierung und Oppostion zusammenrückten und Gemeinschaft demonstrierten, sei die SPD — wohl aus innenpolitischem, parteitaktischem Kalkül — dazu nicht bereit.

„Als Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag den am Golf kämpfenden Freunden und unseren Verbündeten die Solidarität aussprach, gab es keine Zustimmung der SPD. Dies ist erbärmlich", kritisierte Gröhe.

Die Solidarität gelte neben den alliierten Streitkräften vor allem Israel, das bereits Opfer verbrecherischer Raketenangriffe wurde. Die Türkei müsse sich auf die Bündnistreue der Deutschen verlassen können. Die JU forderte zugleich härtere Strafen und besser ausgestattete Untersuchungs- und Verfolgungsbehörden für illegale Waffenexporteure.

„Jenen, die bei uns in skrupelloser Weise illegale Waffengeschäfte betreiben, muß das Handwerk gelegt werden", forderte der JU-Vorsitzende. Zugleich mahnte die JU eine sachliche Diskussion über die Frage an, ob die Völkergemeinschaft Unrecht notfalls auch militärisch stoppen dürfe. Gröhe: „Dabei sollten wir die Lage in Europa im Jahr 1938 bedenken. Ein rechtzeitiges Stoppen Hitlers hätte der Welt viel Leid erspart."

Wer der Weltgemeinschaft notfalls den Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung von Recht gestatten wolle, müsse sich darüber im klaren sein, daß sich auch die Deutschen dieser Aufgabe dauerhaft nicht entziehen können.

***

JU startet bundesweite Flugblattaktion

Die Junge Union Deutschlands hat eine bundesweite Flugblattaktion zum Golfkrieg mit der Überschrift „Für den Frieden: Iraks Aggression stoppen!" gestartet. Darin wird betont, daß der Golfkrieg am 2. August 1990 mit dem Überfall auf das wehrlose Kuwait durch Iraks Diktator Saddam Hussein begann. Zugleich drückt die JU ihre Solidarität mit den alliierten Streitkräften und den Menschen in Israel aus.

Wußten Sie schon ...

... daß sich Kuwait seit 1960 an einer Vielzahl internationaler Organisationen und Behörden, wie z. B. der UNO und der Post-Union, beteiligt, in diesen Institutionen Sitz und Stimme erhalten hat, ohne daß der Irak jemals Einspruch dagegen erhoben hätte, und sogar vom Irak zur Gründung der OPEC im Jahr 1960, die in Bagdad stattfand, eingeladen worden ist?

Für den Frieden: Iraks Aggression stoppen!

Die Fratze des Golfkrieges trägt die Gesichtszüge des Menschenverächters Saddam Hussein. Bei unserer Friedenssehnsucht dürfen wir nie vergessen: Der Golfkrieg begann am 2. August 1990, als der irakische Diktator Saddam Hussein das wehrlose Kuwait überfiel. Seine Truppen folterten, mordeten und vergewaltigten. Säuglinge wurden aus Brutkästen gerissen und umgebracht. Dies schreckliche Unrecht, über das Amnesty International einen erschütternden Bericht vorlegte, dauert bis heute an.

Kuwait muß wieder frei sein!

Hinter dieser Forderung versammelte sich fast die gesamte Völkergemeinschaft. In zwölf Resolutionen wurde der Irak vergeblich aufgefordert, sich aus Kuwait zurückzuziehen. Die UNO, viele arabische Nachbarstaaten, die Vereinigten Staaten von Amerika, die Europäer, unter ihnen die Bundesrepublik Deutschland, unternahmen alle nur denkbaren diplomatischen Schritte, die irakische Aggression mit friedlichen Mitteln zu beenden. Saddam Hussein blockte alles ab.

In der Nacht zum 17. Januar 1991 haben die multinationalen Streitkräfte – in Umsetzung der entsprechenden UN-Resolution – mit der militärischen Befreiung Kuwaits begonnen. Der irakische Diktator ließ der Völkergemeinschaft keine andere Wahl. Nicht die Politik versagte, Saddam Hussein versagte sich der Politik.

Wer militärische Gewalt auch als letztes Mittel gegen den Aggressor ablehnt, bestärkt Aggressoren in ihrer Ansicht, daß ihnen Demokratien nicht wirksam entgegentreten können. Deshalb: So schrecklich der Krieg ist, in der Haltung der UNO und in dem Einsatz der 28 Staaten in den multinationalen Streitkräften wird zugleich die Chance einer internationalen Rechts- und Friedensordnung deutlich. Denn: **Ohne Recht gibt es keinen Frieden!**

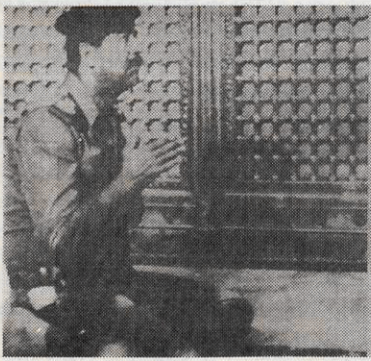
Gerade Engländer und Franzosen ziehen dabei auch die Lehren aus dem Jahre 1938. Sie wissen: **Wer Aggressoren zu spät entgegentritt, zahlt später einen viel höheren Preis!** Heute droht Saddam Hussein mit Chemiewaffen, morgen schon hätte er die Atombombe haben können.

Die Haltung der Jungen Union ist klar:

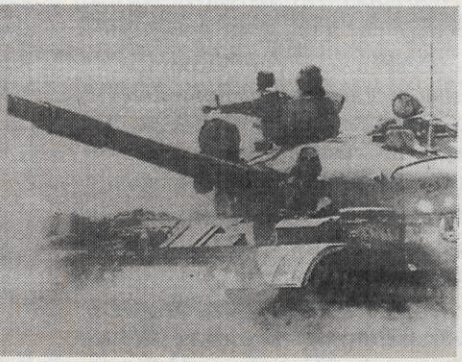
- Unsere Solidarität gilt den multinationalen Streitkräften, allen voran den USA, die die Hauptlast der Befreiung Kuwaits tragen. Wir wünschen ihnen Erfolg und hoffen auf möglichst geringe Verluste, auch der irakischen Zivilbevölkerung. Kuwait muß befreit werden!
- Wir treten jeder Gleichsetzung des Engagements der USA und ihres Präsidenten George Bush mit der Aggression des Iraks und seines Diktators Saddam Hussein entschieden entgegen. Scheinheilig steigt die SPD aus der internationalen Solidarität aus, anders als die konservative Opposition in Frankreich und die sozialistische Opposition in England. Sozialdemokraten heulen mit den antiamerikanischen Wölfen. Dieses Verhalten ist schäbig!
- Wir begrüßen die Haltung der Bundesregierung und des Bundeskanzlers Helmut Kohl. Wir bejahen die finanzielle Hilfe Deutschlands bei der Befreiung Kuwaits sowie die Entsendung freiwilliger Sanitäter aus den Hilfsdiensten. Die Türkei muß sich auf die deutsche Bündnistreue verlassen können. Deutschland darf sich seiner internationalen Verantwortung nicht entziehen; wir werden uns künftig auch an UN-Aktionen beteiligen müssen. Dies erwartet die Welt zurecht von uns.
- Wir fühlen mit den Israelis, die wiederum Opfer terroristischer Überfälle auf die Zivilbevölkerung sind. Wir stehen zu Israel! Daß die Bedrohung Israels auch von Waffen ausgeht, die mit illegaler Hilfe skrupelloser Geschäftemacher aus Deutschland produziert wurden, beschämt uns. Diesen Geschäftemachern muß – durch drastische Haftstrafen – das Handwerk gelegt werden!

Eine Aktion der Jungen Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2,
Tel. 02 28/31 00 11

Wir wollen Frieden. Deshalb bekennen wir uns zur Verteidigung des Rechts!



Der heuchlerische Diktator . . .



. . . und seine Besatzungstruppen müssen gestoppt werden!

Für Ihre Aktionen für den Frieden im Nahen Osten können Sie dieses Flugblatt kostenlos in der Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands bestellen: Annaberger Straße 283, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 31 00 11.

Verfassungsschutz soll illegalen Technologie-Export verhindern

Zur Diskussion über die konsequente Verhinderung illegaler Rüstungsexporte erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster:

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordere ich, durch eine Änderung des Verfassungsschutzes umgehend die Kompetenzen des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu erweitern. Nur durch dessen Einsatz kann das Vorfeld illegaler Technologieexporte aufgeklärt und können diese Exporte wirksam unterbunden werden.

Effektivere Kontrollen

Alle reden von einer effektiven Kontrolle und von der Unterbindung von Rüstungsexporten. Aber wenige sind bereit, wirklich wirksame Konsequenzen zu ziehen. Illegale Rüstungsexporte sind letztlich nur durch eine frühzeitige Vorfeldinformation zu verhindern. Diese kann nach unserer Rechtssystematik nur durch das Bundesamt für Verfassungsschutz sichergestellt werden.

Andere Behörden als die Verfassungsschutzämter scheiden für die Vorfeldbeobachtung bei illegalen Exporten aus. Der Bundesnachrichtendienst hat aus guten Gründen keine Zuständigkeiten bei der Informationsbeschaffung im Inland. Polizeibeamte dürfen erst tätig werden, wenn konkret eine strafbare Handlung unmittelbar droht. Dann ist es aber in der Regel schon zu spät. Das Bundesamt für Wirtschaft wird erst tätig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für Verstöße gegen das Außenwirtschaftsrecht bereits vorliegen. Die Zollkriminalinstitute haben weder Erfahrungen noch Kompetenzen im Bereich der nachrichtendienstlichen Informationsbeschaffung.

Die derzeitigen rechtlichen Grundlagen für den Verfassungsschutz sind unzureichend. Nach geltendem Recht können die Verfassungsschutzbehörden das Vorfeld illegaler Technologieexporte nur in eng begrenzten Fällen aufklären, nämlich wenn es sich dabei z. B. um „geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht" handelt oder wenn es „um Bestrebungen geht, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden". Diese Tatbestandsmerkmale sind zu eng. Illegale Exporte, wie die in den Irak, lassen sich damit in der Praxis nicht verhindern.

Die Zukunft wird zeigen, ob angesichts des schrecklichen Golfkrieges nur geredet wird oder ob die Bereitschaft zu wirksamen Maßnahmen wirklich besteht. Wir werden darauf drängen, daß aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt wird und daß wirksame Konsequenzen gezogen werden.

Auszeichnung für Helmut Kohl

Bundeskanzler Helmut Kohl wird 1992 die höchste Auszeichnung der jüdischen Organisation B'nai B'rit International erhalten. Dies teilte der Präsident der Vereinigung mit. Träger der „Goldmedaille des Präsidenten für humanitäre Leistungen" waren unter anderem die US-Präsidenten Harry S. Truman und Dwight D. Eisenhower.

Rüstungsexporte in Spannungsgebiete wirksamer unterbinden

Zur außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft zur Rüstungsexportproblematik erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Matthias Wissmann:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist bereit, alle Vorschläge zur weiteren Verschärfung des Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollrechts ernsthaft zu prüfen. Vor dem Hintergrund von Rabta und der Irak-Projekte wurden während der Jahre 1989 und 1990 das Außenwirtschaftsrecht und das Kriegswaffenkontrollgesetz durch fünf Änderungsgesetze und 26 Änderungsverordnungen wesentlich verbessert sowie die Verwaltungspraxis deutlich verschärft.

Selbstverständlich sind wir dafür, daß die schwarzen Schafe unter den deutschen Unternehmern, die mit dem Krieg Geschäfte machen, stigmatisiert und mit der höchstmöglichen Strafe belegt werden. Allerdings dürfen wir nicht durch eine totale Bürokratisierung unserer Außenwirtschaft den freien Welthandel und unsere Exportwirtschaft in Gefahr bringen.

Nach unserer Auffassung löst allerdings ein nationaler Alleingang das Problem nicht, sondern wir erwarten, daß internationale Initiativen ergriffen werden. Selbst schärfste Kontrollen bei uns nützen nichts, wenn Rüstungsgüter auf dem Umweg über andere Länder in Drittstaaten gelangen. Daher sind nach unserer Auffassung folgende Initiativen zu ergreifen:

- Der Bundesminister für Wirtschaft muß eine Initiative in der EG zu einer wesentlich schärferen gemeinsamen Rüstungsexportpolitik der Gemeinschaft ergreifen. Dabei müssen auch Waffensysteme mit einbezogen werden, die in Kooperation mehrerer EG-Länder entwickelt wurden. Außerdem sollten auch schärfere Kontrollen nach möglichen illegalen Rüstungsexporten an den Außengrenzen der EG vereinbart werden.
- Die internationale Staatengemeinschaft sollte nach dem Vorbild der sog. COCOM-Liste eine Ausfuhrverbotsliste schaffen. In diese Liste sind sensible Güter aufzunehmen, die auch für militärische Zwecke einsetzbar sind. Produkte, die auf der Liste stehen, sollten nicht mehr in Spannungsgebiete geliefert werden dürfen.

Gerhard Zeitel gestorben

Professor Gerhard Zeitel, seit 1962 Ordinarius für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim, ist im Alter von 63 Jahren an seinem Wohnort Hohensachsen-Bergstraße an den Folgen eines Herzinfarkts gestorben. Zeitel stammte aus Rostock in Mecklenburg. Während seines Rektorats von 1970 bis 1973 erreichte er den weiteren Ausbau seiner Universität. Zeitel war von 1970 bis 1980 Vorsitzender des Bezirksverbands Nordbaden. Er wurde von 1972 bis 1980 für den Wahlkreis Mannheim-Weinheim in den Deutschen Bundestag gewählt und wechselte dann von 1980 bis 1985 als Finanzminister und zuletzt als Kultusminister zur Landesregierung im Saarland. Während seiner politischen Aktivitäten hatte Zeitel niemals seine Lehrtätigkeit an der Universität unterbrochen.

Alfred Dregger:

Im gemeinsamen Haus Europa muß auch die Wohnung der baltischen Völker unantastbar sein

Anläßlich seines Gesprächs mit dem lettischen Außenminister Janis Jurkans am 28. Januar 1991 erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Im Baltikum steht die Europäische Friedensordnung zur Bewährung, zu der die sowjetische Führung unter Staatspräsident Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse substantielle Beiträge geleistet hat.

Von der gemeinsamen Erklärung mit Bundeskanzler Helmut Kohl im Juni 1989 über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Staaten bis zur Charta von Paris folgte die sowjetische Außenpolitik der Kontinuität des „Neuen Denkens".

Der Konflikt zwischen den Bestrebungen der baltischen Völker, ihre Beziehungen zur „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu regeln, und dem Willen der Zentralgewalt zur Aufrechterhaltung des Zusammenhalts der UdSSR muß nach dem Prinzipienkatalog der Schlußakte von Helsinki, der Dokumente des KSZE-Folgetreffens in Wien und der Charta von Paris gelöst werden.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker findet seinen ersten Ausdruck in der demokratischen Legitimation des frei gewählten Parlamentes, dessen Entscheidungen respektiert werden müssen. Zum Selbstbestimmungsrecht gehört auch das Recht eines Staates, frei darüber zu entscheiden, ob er einem Staatenbund angehören will oder nicht.

Alle genannten Dokumente schließen die Anwendung von Gewalt aus. Mit Panzern könnte der Zusammenhalt der UdSSR nicht bewahrt, sehr wohl aber zerstört werden.

Im gemeinsamen Haus Europa, das die sowjetische Führung mit uns bauen wollte, muß die Unverletzlichkeit der Wohnung auch der baltischen Völker unantastbar bleiben.

Die Zukunft Europas hängt wesentlich davon ab, daß seine Völker in einer Ordnung des Friedens und des Rechts ihre Beziehungen untereinander regeln können. Auf dieser Grundlage müssen sie zum wechselseitigen Vorteil miteinander kooperieren.

Das verlangt den guten Willen aller Beteiligten, der nicht erzwungen werden kann.

Unsere Erfahrungen in der Europäischen Gemeinschaft haben uns gelehrt, daß die Zusammenarbeit bei offenen Grenzen und nach festen Regeln in supranationalen Institutionen vorteilhaft ist. Wir hoffen, daß auch für die UdSSR Regelungen gefunden werden können, die ein Zusammenleben in Freiheit, gegenseitigem Respekt und zum gegenseitigen Nutzen ermöglichen. ■

Hamburger CDU: Diesmal packen wir's

Optimismus und Einigkeit, deutlich mehr Frauen und junge Kandidaten auf aussichtsreichen Plätzen — das waren die herausragenden Akzente bei der Kandidatenaufstellung der Hamburger CDU für die bevorstehende Bürgerschaftswahl. Mit ihrem Bürgermeister-Kandidaten Hartmut Perschau steuert die Elb-Union mit aller Kraft auf einen Regierungswechsel im Hamburger Rathaus zu.

„Die Hamburger CDU ist eine starke Gemeinschaft, und wir haben alle Chancen, die marode SPD-Regierung bei den Wahlen am 2. Juni abzulösen", so lautete die Einschätzung des mit überwältigender Mehrheit gewählten Herausforderers von SPD-Bürgermeister Voscherau.

Der SPD-geführte Senat, so Hartmut Perschau, habe die Fähigkeit zur erfolgreichen Gestaltung der Zukunft Hamburgs gänzlich verloren und sei entscheidungsunfähig. Hartmut Perschau: „Nur die CDU ist in der Lage, durch klare Entscheidungen diese Chancen für Hamburg auch zu nutzen. In der Umweltpolitik, bei der inneren Sicherheit, bei der Lösung der Hamburger Verkehrsprobleme und beim Wohnungsbau muß endlich wieder gehandelt und nicht nur geredet werden."

Den Anspruch auf einen Regierungswechsel in Hamburg symbolisierte auch die Wahl des Tagungsortes: das Bürgerhaus im Stadtteil Wilhelmsburg — einst eine SPD-Hochburg, in der die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl schwere Verluste hinnehmen mußten.

Ebenso wie Hartmut Perschau war zuvor der Landesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär Jürgen Echternach hart mit der mangelnden Solidarität der Hamburger SPD mit den Alliierten im Golfkrieg ins Gericht gegangen. In Gegenwart des US-Generalkonsuls James C. Whitlock, der mit minutenlangem Beifall begrüßt wurde, stellte Jürgen Echternach fest, daß die Hamburger CDU und die große Mehrheit der Hamburger auf der Seite der Völkergemeinschaft und der Alliierten stehe.

Als den schwierigsten aber zugleich auch wichtigsten Besuch bewertete Generalsekretär Volker Rühe seine Reise nach Israel, die er mit Außenminister Genscher und anderen Koalitionspolitikern unternommen hatte. Über die Rolle der Deutschen im Golfkrieg herrsche in

Vertreterversammlung des Landesverbands Hamburg am 26. Januar 1991

Israel ein Gefühl der Verbitterung, insbesondere wenn es um die Beteiligung deutscher Firmen an der technologischen Aufrüstung im Irak und um die antiamerikanischen Demonstrationen in Deutschland gehe.

Rühe appellierte an die Gemeinsamkeit der Demokraten, die letzten Schlupflöcher für den illegalen Export von Kriegstechnologien schnellstens zu schließen. Weiter trat der Generalsekretär für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Israel ein und verurteilte den auf vielen sogenannten Antikriegsdemonstrationen zu findenden geschichtslosen Friedensrigorismus.

Der Parteitag wählte neben Hartmut Perschau Oppositionsführer Rolf Kruse, die Alterspräsidentin der Bürgerschaft, Charlotte Fera, CDU-Fraktionsvize Dr. Martin Willich und erstmals Birgit Schnieber-Jastram auf die ersten fünf Listenplätze.

Die neuen Parlamentarischen Staatssekretäre

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat am 24. Januar 1991 auf Vorschlag des Bundeskanzlers folgende Mitglieder des Deutschen Bundestages zu Parlamentarischen Staatssekretären ernannt:

- **Lutz G. Stavenhagen (CDU):** beim Bundeskanzler unter gleichzeitiger Verleihung des Rechts, die Bezeichnung Staatsminister zu führen
- **Anton Pfeifer (CDU):** beim Bundeskanzler unter gleichzeitiger Verleihung des Rechts, die Bezeichnung Staatsminister zu führen
- **Helmut Schäfer (FDP):** beim Bundesminister des Auswärtigen unter gleichzeitiger Verleihung des Rechts, die Bezeichnung Staatsminister zu führen
- **Ursula Seiler-Albring (FDP):** beim Bundesminister des Auswärtigen unter gleichzeitiger Verleihung des Rechts, die Bezeichnung Staatsminister zu führen
- **Horst Waffenschmidt (CDU):** beim Bundesminister des Innern
- **Eduard Lintner (CSU):** beim Bundesminister des Innern
- **Reinhard Göhner (CDU):** beim Bundesminister der Justiz
- **Rainer Funke (FDP):** beim Bundesminister der Justiz
- **Manfred Carstens (CDU):** beim Bundesminister der Finanzen
- **Joachim Grünewald (CDU):** beim Bundesminister der Finanzen
- **Klaus Beckmann (FDP):** beim Bundesminister für Wirtschaft
- **Erich Riedl (CSU):** beim Bundesminister für Wirtschaft
- **Gottfried Haschke (CDU):** beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- **Georg Gallus (FDP):** beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- **Wilhelm Rawe (CDU):** beim Bundesminister für Post und Telekommunikation
- **Jürgen Echternach (CDU):** beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
- **Joachim Günther (FDP):** beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
- **Bernd Neumann (CDU):** beim Bundesminister für Forschung und Technologie
- **Norbert Lammert (CDU):** beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
- **Torsten Wolfgramm (FDP):** beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
- **Hans-Peter Repnik (CDU):** beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
- **Michaela Geiger (CSU):** beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
- **Horst Günther (CDU):** beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung

- **Horst Seehofer (CSU):** beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
- **Willy Wimmer (CDU):** beim Bundesminister der Verteidigung
- **Ottfried Hennig (CDU):** beim Bundesminister der Verteidigung
- **Roswitha Verhülsdonk (CDU):** beim Bundesminister für Familie und Senioren
- **Peter Hintze (CDU):** beim Bundesminister für Frauen und Jugend
- **Sabine Bergmann-Pohl (CDU):** beim Bundesminister für Gesundheit
- **Dieter Schulte (CDU):** beim Bundesminister für Verkehr
- **Wolfgang Gröbl (CSU):** beim Bundesminister für Verkehr
- **Bernd Schmidbauer (CDU):** beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- **Bertram Wieczorek (CDU):** beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Mehr ausländische Jugendliche in Ausbildung

Immer mehr in Deutschland lebende jugendliche Ausländer absolvieren eine Ausbildung. Ende Dezember 1989 waren es bereits 83.600, etwa 20.000 mehr als zwei Jahre zuvor.

Dennoch nutzt zur Zeit nur jeder dritte Ausländer und sogar nur jede fünfte Ausländerin unter 18 Jahren diese Chance. Von den Deutschen im selben Alter stehen über 90 Prozent in betrieblicher oder schulischer Ausbildung.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, appellierte an Betriebe und Verwaltungen, „das Potential der jungen Ausländer noch stärker als bisher für die Besetzung von Ausbildungsstellen zu nutzen". Gleichzeitig forderte er die jungen Ausländer auf, ihre Ausbildungschancen besser wahrzunehmen.

Erneuerbare Energiequellen stärker gefördert

Eine stärkere Förderung erneuerbarer Energiequellen wie Wasser, Wind, Sonne und Biogas ist ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz, denn bei ihrer Nutzung entsteht kein Kohlendioxid.

Deshalb hat die Bundesregierung gehandelt: Seit Januar 1991 sind die öffentlichen Stromversorger verpflichtet, Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz einzuspeisen. Die Produzenten erhalten dafür auch höhere Vergütungen als bisher: für jede abgelieferte Kilowattstunde aus Wind oder Solaranlagen nicht mehr nur rund 9, sondern mindestens 16 bis 17 Pfennig, für Strom aus Wasserkraft oder Biomasse mindestens 14 Pfennig.

Damit verbessern sich die Marktchancen erneuerbarer Energien — heute existieren bereits über 4000 Anlagen mit zusammen 470 Megawatt Leistung — ganz erheblich.

Mit dem Stromeinspeisungsgesetz stellt die Regierung Helmut Kohl erneut unter Beweis, daß sie es mit der Verminderung des Kohlendioxid-Ausstoßes um mehr als 25 Prozent bis zum Jahre 2005 ernst meint.

CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Fraktionsvorstand

Der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in seiner Sitzung am 29. Januar folgende Stellvertretende Fraktionsvorsitzenden gewählt:

- Arbeitsbereich 1 (Recht, Petitionen, Geschäftsordnung, Inneres, Sport, Umwelt, Vertriebene u. Flüchtlinge, Kommunalpolitik): **Paul Laufs**
- Arbeitsbereich 3 (Haushalt, Finanzen): **Hans Peter Schmitz**
- Arbeitsbereich 4 (Arbeit u. Soziales, Arbeitnehmer): **Heiner Geißler**
- Arbeitsbereich 5 (Auswärtiges, Verteidigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit): **Karl-Heinz Hornhues**
- Arbeitsbereich 6 (Gesundheit, Frauen u. Jugend, Familie und Senioren, Bildung und Wissenschaft): **Maria Michalk**
- Arbeitsbereich 7 (Forschung u. Technologie, Post- u. Telekommunikation, Raumordn., Bauwesen u. Städtebau, Koordinierung neue Bundesländer): **Johannes Nitsch**

Die CSU-Landesgruppe hat in ihrer Sitzung am 28. Januar für den

- Arbeitsbereich 2 (Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten, Verkehr, Fremdenverkehr, Diskussionskreis Mittelstand): **Michael Glos** zum Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Geschäftsführung

Auf Vorschlag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion weitere Parlamentarische Geschäftsführer gewählt:

Ingrid Roitzsch,
Jürgen Rüttgers,
Clemens Schwalbe.

Der 1. Parlamentarische Geschäftsführer, **Friedrich Bohl**, wurde bereits am 19. Dezember 1990 wiedergewählt.

Zum Justitiar wählte der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Franz Möller**.

Zum Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Stellvertreter des 1. Parlamentarischen Geschäftsführers wurde **Rudolf Kraus** bereits am 4. Dezember 1990 wiedergewählt.

Arbeitsgruppen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Vorsitzenden für die einzelnen Arbeitsgruppen (gleichzeitig Sprecher) der Fraktion gewählt:

- Recht (einschl. Wahlprüfung, Immunität, Geschäftsordnung sowie Petitionen): **Norbert Geis (CSU)**
- Inneres (einschl. Sport): **Johannes Gerster**
- Wirtschaft: **Matthias Wissmann**
- Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: **Egon Susset**
- Verkehr: **Dirk Fischer**
- Post- und Fernmeldewesen: **Gerhard Pfeffermann**
- Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: **Dietmar Kansy**
- Finanzen: **Kurt Faltlhauser**
- Haushalt: **Jochen Borchert**
- Arbeit und Soziales: **Julius Louven**
- Gesundheit: **Paul Hoffacker**

Termine

12. 2. LV Schleswig-Holstein
Geschäftsführerkonferenz, Rendsburg

13. 2. LV Saar
Aschermittwochstreffen mit Bundesminister Klaus Töpfer, Schwalbach

14. 2. LV Braunschweig
Landesvorstand, Braunschweig

14. 2. LV Bremen
Vorstand, Bremen

15./16. 2. KPV Nordrhein-Westfalen
Tagung „Soziales", Werder/Brandenburg

16. 2. LV Oldenburg
Landesvorstand, Rastede

16. 2. LV Oldenburg
Landesparteiausschuß, Rastede

16. 2. EAK-LV Nordrhein-Westfalen
Landestagung, Gladbeck

18. 2. CDU-Bezirk Sauer-/Siegerland
Bezirksparteitag (mit Neuwahl), Siegen

21. 2. MIT Schleswig-Holstein
Vorstand, Molfsee

23./24. 2. Junge Union Bund
Vorstand, Münster

25. 2. LV Rheinland-Pfalz
Fachkongreß „Verkehr 2000", Trier

26. 2. Senioren-Union, Oldenburg
Vorstand, Oldenburg

26. 2. LV Schleswig-Holstein
Frauen-Forum, Rendsburg

1. 3. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Vorstand, Bad Dürrheim

1./2. 3. LV Nordrhein-Westfalen
8. Landesparteitag (mit Neuwahl), Bielefeld

2. 3. LV Baden-Württemberg
Landesparteitag, Spaichingen

*6. 3. **CDU Bund***
Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn

6. 3. LV Braunschweig
Landesvorstand; 19.00 Uhr Landesausschuß, Braunschweig

7. 3. KPV Bund
Vorstand und Hauptausschuß, Magdeburg

8. 3. KPV Bund
Fachtagung zu Fragen kommunaler Finanzen, Magdeburg

8. 3. LV Bremen
Vorstand, Bremen

9. 3. Frauen-Union Nordrhein-Westfalen
Landestagung mit Neuwahlen, Hagen

*11. 3. **CDU-Präsidium, Sitzung, Bonn***

12. 3. Frauen-Union Schleswig-Holstein
17.00 Uhr Vorstand, 18.00 Uhr Hauptausschuß, Molfsee

- Auswärtiges: **Karl Lamers**
- Verteidigung: **Bernd Wilz**
- Europa: **Peter Kittelmann**
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit: **Winfried Pinger**
- Forschung und Technologie: **Christian Lenzer**
- Bildung und Wissenschaft: **Alois Graf Waldburg-Zeil**
- Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: **Ulrich Klinkert**
- Familie und Senioren: **Ursula Männle**
- Frauen und Jugend: **Claudia Nolte**
- Fremdenverkehr: **Rolf Olderog** ■

Deutschlandtag der Jungen Union zum Thema Entwicklungshilfe

Die Junge Union wird ihren nächsten Deutschlandtag dem Nord-Süd-Dialog und der Entwicklungshilfe widmen. Die JU-Delegierten werden sich dazu vom 1. bis 3. November in Trier treffen.

Wir haben das Willkommenscheckheft für Neu-Mitglieder aktualisiert und wieder aufgelegt. Bestell-Nr. 0316, Mindestabnahme 25 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit 20,— DM.

CDU

Willkommen-Schecks

CDU Mitglieder-Dienst

Aus dem Angebot der Konrad-Adenauer-Stiftung

Veranstaltung Nr. 53 vom 10. bis 12. März 1991

Werden wir im Müll ersticken? — Kommunale Abfall- und Abwasserentsorgung vor neuen Herausforderungen

Fachtagung für politische Funktions- und Mandatsträger im kommunalen Bereich

Die zentralen Themen:

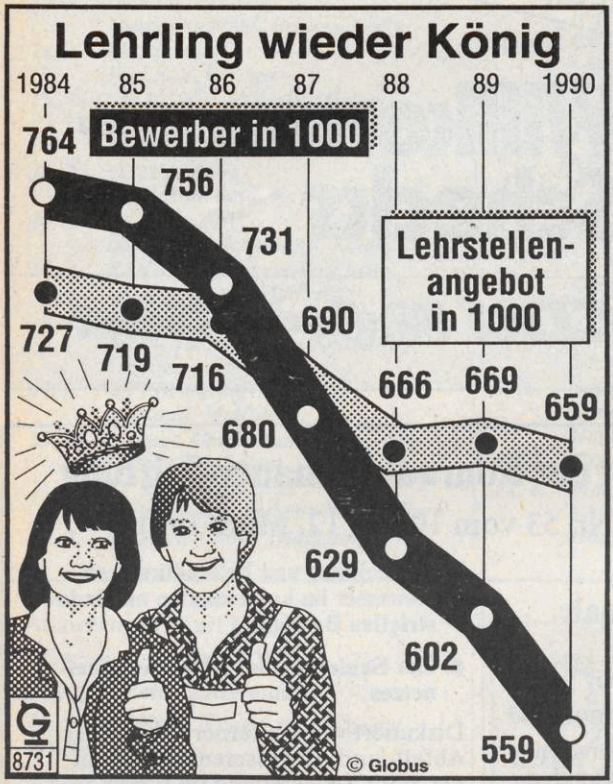
- **Kommunale Abfallentsorgung — Bestandsaufnahme, Probleme und Konzepte**
- **Maßnahmen des Gesetzgebers gegen die Müllflut**
- **Vor- und Nachteile von Müllverbrennungsanlagen**
- **Vermeidung und Behandlung von Abwasser im kommunalen und industriellen Bereich**
- **Zur Sanierung des Abwasserkanalnetzes**

Diskutiert werden ferner Fragen der Abfall- und Abwasserentsorgung in der Stadt Zwickau und im Rhein-Sieg-Kreis.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Institut für Politische Bildung
Schloß Eichholz
5047 Wesseling

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Lehrlingsmangel in den Betrieben

Junge Leute, die sich heute auf Lehrstellensuche begeben, haben die Auswahl. Denn bis auf wenige Ausnahmen in besonders begehrten Berufen klagen die meisten Betriebe über Lehrlingsmangel. Damit hat sich die Situation in den alten Bundesländern seit Mitte der achtziger Jahre deutlich zugunsten der Bewerber verändert: Standen im Jahr 1984 nur 95 Ausbildungsplätze für 100 Bewerber zur Verfügung, entfallen heute im Durchschnitt 118 offene Lehrstellen auf 100 Jungen und Mädchen. Statt „Lehrstelle gesucht!" heißt es nun wieder „Lehrling gesucht!". Davon provitieren vor allem auch diejenigen, die in der Vergangenheit die größten Schwierigkeiten hatten, einen Ausbildungsplatz zu ergattern, so zum Beispiel Jugendliche ohne Schulabschluß und ausländische Jungen und Mädchen.

Statistische Angaben: Bundesbildungsministerium

UiD
4/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.